

Rede von Oberbürgermeister Nico Morast bei der Einbringung des Haushalts 2025 am 25. Februar 2025, 18 Uhr, im Rahmen der Gemeinderatssitzung – es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Ortsvorsteher,
liebe Vertreter des Jugendgemeinderats,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der
Verwaltung,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

490 Seiten umfasst der neue Rekordhaushalt der Stadt
einschließlich des Wirtschaftsplans Abwasser, den wir
heute zur Verabschiedung in den Gemeinderat
einbringen.

Der Haushalt 2025 macht uns einmal mehr deutlich, wie
stark die Kommunen – und auch wir in Bretten – von
Bund, Land und den wirtschaftlichen
Rahmenbedingungen abhängig sind.

Die Auswirkungen der geopolitischen Ereignisse sind enorm und weisen darauf hin, wie stark wir in unserer globalisierten Welt durch Einflüsse von außen fremdbestimmt sind.

Daneben kommen epochale Meilensteine, wie klimagerechte und digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hinzu.

Alle Herausforderungen müssen mutig angegangen werden.

In diesen Zeiten ist es wichtig, dass die Politik den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Betrieben, der Wirtschaft insgesamt, Sicherheit gibt – einen klaren Kompass – und verlässliche Rahmenbedingungen.

In Gesprächen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Gewerbetreibenden merken wir genau, dass dieser Kompass – so kann man auch das Wahlergebnis vom Sonntag deuten - von der uns übergeordneten „großen Politik“ vermisst wird und dadurch das Vertrauen mehr und mehr verloren geht.

Das zeigt sich auch in unserer Wirtschaft:

Das Bruttoinlandsprodukt sank im Jahr 2024 erneut um 0,2 Prozent.

Die deutsche Wirtschaft schrumpfte damit bereits das zweite Jahr in Folge. Auch für 2025 bleiben die Aussichten verhalten. Frühindikatoren deuten kaum auf eine wirtschaftliche Erholung hin. Es sei denn, es ändert sich etwas!

Die Bundestagswahl am vergangenen Sonntag hat die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung gezeigt.

Hoffen wir, dass sich jetzt die Parteien zusammenraufen und schnell eine Regierung gebildet wird, damit unser Land wieder auf die Erfolgsspur kommt.

Wir – die Kommunalen an der Basis – sind wie auch die Bürgerinnen und Bürger und die Gewerbetreibenden dringend auf verlässliche und planbare Rahmenbedingungen angewiesen.

Und auf Gesetze und Verordnungen, die umsetzbar und leistbar sind – die nicht nur einen Wust an Bürokratie mit sich bringen, sondern echte Mehrwerte.

Meine Damen und Herren,
wir sind gerade dabei, das größte Gut, das wir haben,
zu verlieren:

Unser Vertrauen und unsere Verlässlichkeit in den Staat
und die Politik.

Unsere Demokratie gerät zunehmend nicht nur von außen, sondern auch von Innen unter Druck. Das bereitet mir große Sorgen.

Denn Bretten ist auch keine Insel.

Und wie wichtig dieses Vertrauen in die Politik ist, wusste schon Konrad Adenauer 1958 als er sagte:

„Ich halte es für sehr unklug in der Politik, nicht klar zu sagen, was man will, denn alle Erfolge in der Politik beruhen auf Vertrauen.“

Hoffen wir gemeinsam darauf, dass es der neuen Regierung gelingen möge, dieses Vertrauen schnellstmöglich zu gewinnen.

Schon bei der Einbringung und Beratung des Haushalts im Rahmen einer öffentlichen Gemeinderatssitzung am 17. und 18. Januar wurde deutlich, dass der Haushalt 2025 unter großen Herausforderungen auf der Ausgabenseite steht und, als würde dies nicht reichen, auch gewissen Unsicherheiten auf der Einnahmeseite in sich birgt.

Mit diesen Herausforderungen sind wir nicht alleine – rund 85 Prozent der Städte gehen davon aus, dass sie 2025 ein negatives ordentliches Ergebnis erwirtschaften.

Natürlich ist es gut zu wissen, dass es anderen auch so geht – beruhigend ist es trotzdem nicht.

Steigende Kosten, unsichere Einnahmen, hohe Anforderungen an die Kommunen.

Die finanziellen Spielräume werden kleiner, während die Erwartungen an uns als Stadtverwaltung weiter steigen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht eine funktionierende Infrastruktur, gute Bildungseinrichtungen, eine starke Wirtschaftsförderung und soziale Sicherheit.

Von Bund und Land und auch vom Landkreis kommen zugleich steigende Ausgaben und vor allem stetig wachsende Aufgaben auf uns zu.

Allein die Erhöhung der Kreisumlage des Landkreises Karlsruhe bringt für uns Mehraufwendungen vom 5 Mio. Euro mit sich. Das schlägt ordentlich auf unser Kontor.

Alle übergeordneten politischen Ebenen, egal welcher Couleur, müssen hier (endlich!) ihrer Verantwortung nachkommen und die Kommunen finanziell entsprechend ausstatten, dass sie überhaupt in der Lage sind, diese vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Vor allem im sozialen Bereich wird in den kommenden Jahren noch einiges auf uns zukommen, sei es bei der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen oder der Schulsozialarbeit, aber auch bei den Personalkosten und im Hinblick auf den Investitionsbedarf in unsere Infrastruktur.

Zuschüsse und Förderungen werden für die Auflage neuer Programme gewährt, für die Folgejahre bleiben diese jedoch ungewiss. Eine längerfristige Planung ist damit unmöglich.

In all diesen Bereichen sind wir abhängig von anderen politischen Ebenen und Entscheidern und haben das Heft des Handels nicht selbst in der Hand.

Das Problematischste aber ist, dass unser Finanzierungsdefizit strukturell bedingt ist und nicht mehr durch bloße Einsparungen beseitigt werden kann.

Um aus dieser Lage herauszukommen, müssen grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden, vor allem auf der Bundes- und Landesebene.

Meine Damen und Herren,
bevor wir also zu unserem Brettener Haushalt kommen, war es mir wichtig, nochmals die herausfordernden Rahmenbedingungen aufzuzeigen, die unserem Haushalt zugrunde liegen.

Aber natürlich dürfen wir nicht nur auf andere zeigen, sondern müssen auch vor Ort unsere Hausaufgaben sehen und machen:

Wir haben derzeit noch kein Einnahmeproblem, sondern vielmehr ein Problem, dass uns die laufenden Kosten – im wahrsten Sinne des Wortes davonlaufen.

Ich möchte Ihnen dies an 3 Beispielen verdeutlichen:

1. Steigende Aufwendungen –

Betriebskostenzuschüsse KIGA

- Seit 2014 ist eine Verdoppelung festzustellen – Erhöhung von 6 Mio. auf nunmehr 12,5 Mio. – hinzu kommen die Kosten für die KIGAs in städtischer Trägerschaft.

2. Steigende Umlagen (FAG, Kreisumlage und

Gewerbesteuerumlage – 33,2 Mio. Euro – vor 10 Jahren noch bei 20,51 Mio. → Anstieg von 12,7 Mio.

3. Steigende Personalkosten

- Allein in den letzten 10 Jahren wurden 100 Vollzeitstellen geschaffen – und die Personalkosten stiegen von 2016 bis 2025 um über 10 Mio. Euro

Diese 3 Beispiele der laufenden Kosten zeigen die Entwicklung und die Ursachen, dass wir im Ergebnishaushalt kaum noch einen Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaften und ein

negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von – 10,7 Mio. Euro und einen nicht ausgeglichenen Haushalt in Kauf nehmen müssen.

Um auch künftig einen genehmigungsfähigen Haushalt hinzubekommen, müssen wir daher auch dringend, neben regelmäßigen Aufgabenüberprüfungen auch unsere Einnahmemöglichkeiten prüfen und unsere Gebühren und Beiträge einigermaßen aktuell halten.

Auch wenn es schmerhaft ist, müssen wir hierbei beispielsweise auch an eine Anpassung der Kindergarten- und Grundschulbetreuungsgebühren denken, die seit 2016 nicht mehr den Empfehlungen der Landesrichtsätze entsprechen. Pro Jahr sprechen wir hier mittlerweile fast über 200.000 Euro – Tendenz steigend.

Meine Damen und Herren,
unsere Stadtkämmerin, Frau Ruppender wird gleich noch auf die Einzelheiten des Haushalts eingehen.

Dennoch möchte ich schon jetzt zwei Punkte herausgreifen, die die Unsicherheiten nochmals unterstreichen, die im Haushalt stecken:

- Für das Jahr 2025 planen wir mit optimistischen **Gewerbesteuereinnahmen** von 25 Mio. EUR. Diese Schätzung basiert auf den positiven Entwicklungen der letzten Jahre. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist mit 1,2 Prozent zwar moderat, und dennoch angesichts der momentanen wirtschaftlichen Lage mit Fragezeichen behaftet.
- Im Haushaltsplanentwurf ist in der Mittelfristigen Finanzplanung ab 2027 eine Erhöhung der Gewerbesteuer avisiert, um den sprunghaften Anstieg der Kreisumlage abzumildern.

Wir müssen alles daransetzen, dass diese Erhöhung – zumindest nicht in dem Ausmaß – erforderlich wird. Es darf nicht passieren, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu einer ungebührlichen Mehr-Belastung der Brettener

Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten
führt.

Meine Damen und Herren,

zwei Themen, die sich auch ganz entscheidend auf den Haushalt auswirken, beschäftigen mich seit meinem Amtsantritt intensiv:

1. Der Brettener Weg und
2. die geplante Gartenschau im Jahr 2031

Über den Brettener Weg wurde bereits umfassend berichtet – deshalb möchte ich auf die Inhalte aus Zeitgründen an dieser Stelle nicht mehr eingehen.

Vor dem Hintergrund, dass jedoch auf Grundlage eines rechtsaufsichtlich festgestellten unrechtmäßigen Beschlusses 13 Beamte und 136 tarifangestellte zum 01.07.2024 befördert und in Planstellen eingewiesen wurden, die im Stellenplan 2024 so jedoch gar nicht vorhanden waren, stellte sich die Frage, wie diese Stellen im Stellenplan 2025 darzustellen sind.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Frau Ruppender und dem Kommunalreferat im Regierungspräsidium bedanken, dass heute im Laufe des Tages die letzten Abstimmungen „Quasi just in Time“ erfolgen konnten und wir davon ausgehen, dass wir Ihnen heute somit einen überarbeiteten, rechtmäßigen Stellenplan vorlegen können.

Meine Damen und Herren,
jetzt das zweite sorgenvolle Topthema:

am 13. und 14. Dezember waren wir auf Klausur in Balingen. Von Anfang an habe ich klar gesagt, dass wir uns intensiv mit dem Thema beschäftigen, sobald alle Daten und Fakten und vor allen Dingen auch die Kosten auf dem Tisch liegen.

Die intensiven und konstruktiven Diskussionen während dieser Tage in Balingen haben mir gezeigt, wie groß der Bedarf war, sich erneut mit der Rahmenplanung auseinanderzusetzen.

Wir haben gemeinsam festgelegt, dass wir uns mit konzeptionellen Änderungen beschäftigen und einen Plan B entwickeln müssen. Warum:

1. Die finanziellen Spielräume, wie Sie 2020 beim Zuschlag der Gartenschau vorhanden waren, sind geschwunden.
2. Die Zeit ist zwischenzeitlich sehr weit fortgeschritten, so dass wesentliche Elemente nicht mehr realisiert werden können.
3. Wir haben das Heft des Handelns nicht in der Hand – und sind auf die Mitwirkung privater Dritter angewiesen, die derzeit noch sehr verhalten ist.
4. Die Umgehungsstraße wird bis zur Gartenschau nicht kommen, so dass das Verkehrskonzept nicht ganzheitlich realisiert werden kann.
5. Alle Investitionen müssen fremdfinanziert werden – bei steigender Zinslast.

Das heißt konkret:

Wenn wir uns nicht bereits im Dezember auf den Weg gemacht hätten, einen Plan B zu entwickeln, müssten wir womöglich schon heute die Gartenschau aufgrund der Nicht-Realisierbarkeit absagen.

Nun müssen wir prüfen, was unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch machbar ist.

Sobald der neue Entwurf vorliegt werden wir den Gemeinderat und die Bevölkerung eng in den Entscheidungsprozess einbinden.

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen müssen wir in den kommenden Jahren klare Prioritäten setzen und alle großen Projekte, seien es Bau- und Sanierungsprojekte oder andere große Vorhaben, gezielt steuern.

Dabei ist es wichtig, die finanziellen Mittel verantwortungsvoll und vorausschauend einzusetzen.

Und gerade deswegen müssen wir auch weiterhin in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt investieren.

Denn unsere städtischen Investitionen stärken nicht nur die Infrastruktur, sondern auch den regionalen Wirtschaftskreislauf.

Ein zu großer Sanierungsstau würde uns langfristig teuer zu stehen kommen.

Mit einem klaren Fokus auf das Wesentliche und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, können wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen optimistisch nach vorne blicken.

Hierfür brauchen wir aber eine klare Veränderungs- und Einsatzbereitschaft von jeder und jedem Einzelnen.

Ich erinnere an Adenauer:

„Ich halte es für sehr unklug in der Politik, nicht klar zu sagen, was man will, denn alle Erfolge in der Politik beruhen auf Vertrauen.“

Dieses Vertrauen in der Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und schließlich der Bevölkerung ist mir ein persönliches Anliegen – und gerade in herausfordernden Zeiten wichtiger denn je.

Und deshalb sage ich an dieser Stelle unumwunden:

Mit dem vorliegenden Haushalt bin ich so noch nicht zufrieden – was nicht an der Machart liegt – sondern vielmehr an den Zahlen.

Er stellt für mich einen Rahmen dar,
der unseren Handlungsspielraum definiert.

Natürlich haben wir auch im Vorfeld versucht,
Einsparpotentiale aufzuzeigen – dies ist uns in der Kürze
der Zeit nur bedingt gelungen, weshalb wir eine globale
Minderausgabe von einem Prozent vorgeschlagen
haben.

Bei der Bewirtschaftung der Mittel müssen wir größte Haushaltsdisziplin walten lassen – um jegliche Einsparpotentiale auszuschöpfen.

Schließlich ist es beim Haushalt, wie beim Abnehmen:
„Man hat deutlich mehr Möglichkeiten und Zeit abzunehmen, wenn man sich dies zwischen Silvester und Weihnachten vornimmt – und nicht zwischen Weihnachten und Silvester.“

Wie oft habe ich im Bundestagswahlkampf gehört:
Es wird immer nur geredet und nicht gehandelt.

Ich will nicht, dass irgendwann einmal dieser Vorwurf auch an uns hängen bleibt und gebe persönlich alles dafür, dass die Stadt Bretten mit aktivem Handeln überzeugt.

Ich komme zum Schluss und danke allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben – vor allem unserer Kämmerin, Frau Nina Ruppender. und ihrem Team, namentlich insbesondere Frau Bohmüller und Frau Gräther – sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Mitgliedern des Gemeinderats und nicht zuletzt Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger, die mit Ihren Ideen und Ihrem Engagement dazu beitragen, dass wir stetig besser werden.

Der Haushalt der Stadt Bretten legt den Rahmen für 2025 fest.

Das Bild innerhalb dieses Rahmens werden wir alle gemeinsam in den kommenden Monaten gestalten.

Und, um in diesem Bild zu bleiben, vielleicht gelingt es uns ja, den Platz im finanziellen Rahmen gar nicht ganz auszuschöpfen, sondern ein schönes Passepartout hineinzulegen.

Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt. Der andere packt sie kräftig an - und handelt.

Johann Wolfgang von Goethe

Ich bin fürs Anpacken und möchte gemeinsam mit Ihnen die Zukunft mutig angehen – auch mit der Bereitschaft, und dem Willen Veränderungen herbeizuführen, wo diese unabdingbar sind.

Ich zähle dabei auf Sie und freue mich darauf, Bretten gemeinsam mit Ihnen in eine gute Zukunft zu führen.

Vielen Dank!